

Ressort: News

Zuwanderungsdebatte alarmiert Teile der Wirtschaft

Berlin, 05.01.2014, 02:22 Uhr

GDN - Die hitzig geführte Zuwanderungsdebatte hat Teile der Wirtschaft alarmiert. "Wir sind stark interessiert an Fachkräften aus Rumänien und Bulgarien und werden uns diesem Thema öffnen", sagte Michael Knipper, der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie (HDB) der "Welt am Sonntag".

"Die Leute sind gut ausgebildet, motiviert und haben eine faire Chance verdient." Die Bundesvereinigung der Arbeitgeber weist darauf hin, dass Zuwanderung angesichts des Fachkräftemangels "ein zentraler Baustein der Arbeitsmarktpolitik" sei. Nötig sei eine umfassende Willkommenskultur. "Hier besteht weiterhin Aufholbedarf." Der Zustrom von Ausländern ist derzeit so stark wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. 2013 sind nach einer aktuellen Hochrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rund 400.000 Menschen mehr eingewandert, als das Land verlassen haben. Auch die neue Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz (SPD) warnt davor, Stimmung gegen die Einwanderer aus ärmeren EU-Ländern zu machen. "Es gibt zu viele pauschale Vorurteile", sagte die Staatsministerin im Kanzleramt der "Welt am Sonntag". Deutschland profitiere in hohem Maße von gut ausgebildeten EU-Bürgern, die bei uns ihre Arbeitskraft anbieten. Ähnliche Befürchtungen, wie sie jetzt in Bezug auf Rumänen und Bulgaren geäußert würden, hätte es vor einigen Jahren auch gegenüber Spaniern, Portugiesen und Polen gegeben. Die Menschen seien keineswegs in Massen gekommen. Und viele der europäischen Zuwanderer seien längst wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. "Wir brauchen in der EU keine Einreisesperren", betonte Özoguz. Zwar hätten einige Kommunen wie etwa Dortmund oder Berlin Unterstützung bei der Integration ärmerer Zuwanderer nötig, weil sie dies finanziell allein nicht leisten könnten. "Aber dadurch wird Deutschland keineswegs überfordert. Das ist machbar." Den Vorschlag von Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel, hierzu einen Staatssekretärs-Ausschuss einzusetzen, begrüßte Özoguz zur Versachlichung der Debatte ausdrücklich.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-27856/zuwanderungsdebatte-alarmiert-teile-der-wirtschaft.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com